

17.07.2014

Kleine Anfrage 2501

des Abgeordneten Hanns-Jörg Rohwedder PIRATEN

Landesweite Umsetzung des erweiterten Katastrophenschutzkonzeptes rund um Atomkraftwerke

Am 27. Mai 2014 hatte die Landesregierung in Landtags-Drucksache 16/5953 mitgeteilt, dass sie die von der Strahlenschutzkommission (SSK) empfohlene Ausweitung der „Sicherheitszonen“ rund um Atomkraftwerke unterstütze und auf der Innenministerkonferenz in Bonn vom 11.-13. Juni die bundesweite Übernahme empfehlen werde.

Die SSK hatte u. a. vorgeschlagen, die sog. „Mittelzone“ rund um Atomkraftwerke auf einen Radius von 20 km auszuweiten. In dieser „Mittelzone“ soll bei einem schweren Atomunfall eine Evakuierung der Bevölkerung „zur Abwehr akuter Gefahren für Leben und Gesundheit“ ggf. innerhalb von 24 Stunden erfolgen.

Die daran anschließende „Außenzone“ rund um Atomkraftwerke solle auf einen Radius von 100 km ausgeweitet werden. In dieser „Außenzone“ sollen für die Bevölkerung ausreichend Jodtabletten bereitgehalten werden. Außerdem soll die Bevölkerung ggf. in ihren Wohnungen bleiben.

NRW ist durch die drei Atomkraftwerke Lingen (Emsland), Grohnde (Weser) und Tihange (Belgien) unmittelbar vom neuen Katastrophenschutzkonzept betroffen. Nach Auskunft der Landesregierung in der oben erwähnten Drucksache liegt rund die Hälfte aller NRW-Kommunen in einer der beiden Katastrophenschutz-Zonen rund um die drei AKW.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Hat die Innenministerkonferenz in Bonn der Übernahme der SSK-Empfehlungen zugestimmt?
2. In welcher Weise hat die Landesregierung bereits mit den betroffenen Kommunen Kontakt aufgenommen, um die Umsetzung des neuen Katastrophenschutzkonzeptes für schwere AKW-Störfälle einzuleiten?

Datum des Originals: 14.07.2014/Ausgegeben: 17.07.2014

3. Welche Empfehlungen macht die Landesregierung den betroffenen Landkreisen und Kommunen konkret zu einer landesweit einheitlichen Umsetzung des neuen Katastrophenschutzkonzepts?
4. Welche Frist setzt die Landesregierung den betroffenen Landkreisen und Kommunen zur Umsetzung des neuen Katastrophenschutzkonzepts?
5. Welche Initiativen wird die Landesregierung ergreifen, um die frühzeitige Stilllegung der AKW Lingen, Grohnde und Tihange zu ergreifen, um damit der Bevölkerung in NRW den bestmöglichen Schutz gegen schwere Atomunfälle zu gewährleisten?

Hanns-Jörg Rohwedder